

# Die Einigung Deutschlands in der Publizistik

*Frank Becker*

## **Vorbemerkung**

In der Geschichtswissenschaft hat es sich schon seit längerem eingebürgert, historische Ereignisse immer auch unter Einbeziehung ihrer zeitgenössischen öffentlichen Thematisierung zu untersuchen. Die „mediale Repräsentation“, wie der Fachbegriff lautet, erscheint einerseits wichtig, weil Medien ihrerseits Akteure im politisch-sozialen Geschehen sind, andererseits, weil in den Medien Deutungen des Geschehens entwickelt werden, die Rückschlüsse auf historische Wahrnehmungen, Stimmungen und Bewusstseinslagen ermöglichen.<sup>1</sup>

Einen solchen Ansatz auf das Problem der deutschen Einheit anzuwenden, und dies mit Bezug auf drei verschiedene Ereigniszusammenhänge und Kanzlerpersönlichkeiten, wird sogleich den – berechtigten – Einwand provozieren, man versuche ein allzu weites Feld zu vermessen. Öffentliche Äußerungen zu den jeweiligen Einheitsbestrebungen gab es in unüberschaubarer Fülle. Je weiter wir uns der Gegenwart nähern, desto größer wird die Zahl der Medien und der Kommunikationskanäle, die sich für den einzelnen mit ihnen verbinden.

Diesem Problem kann man zum einen begegnen, indem man Eingrenzungen vornimmt; zum anderen, indem man Vergrößerungen akzeptiert. Beides muss und soll hier geschehen. Als Eingrenzung soll gelten, dass erstens nur die deutsche Publizistik behandelt und zweitens Öffentlichkeit mit Medienöffentlichkeit gleichgesetzt wird, also zum Beispiel die Versammlungsöffentlichkeit, die in der Politik bis zur Gegenwart eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt, unbeachtet bleibt. Vergrößerungen werden insofern hingenommen, als bei der Untersuchung der medialen Darstellung und Deutung von grundsätzlichen Tendenzen gesprochen, nicht aber versucht wird, die Analyse bis zum ein-

1 | *Hierzu neuerdings grundlegend Frank Bösch: Mediengeschichte. Vom asiatischen Buchdruck zum Fernsehen. Frankfurt/Main 2011.*

zelen Medium, etwa einer bestimmten Zeitung, oder bis zum einzelnen Publizisten herunterzubrechen. Bei diesem Versuch würde sich die Darstellung in ungezählten Differenzierungen verlieren. Stattdessen ist Mut zur Generalisierung, zur Thesenbildung gefragt.

### **1870/71 – Nationale Einigung mit militärischen Mitteln**

Deshalb sollen am Anfang dieses Abschnitts sogleich zwei Thesen stehen, die durch die folgenden Ausführungen zu erhärten sind. Die erste These lautet: Der Kanzler der Einigung von 1870/71, Otto von Bismarck, spielte in der Publizistik – also in der öffentlichen Thematisierung der Reichsgründung – nicht im Entferntesten die Rolle, die seinem tatsächlichen Einfluss auf das Geschehen entsprochen hätte. Zugespielt formuliert: Der Produzent verschwand hinter seinem Produkt, der Regisseur hinter den Kulissen. Die zweite These bezieht sich auf den Zusammenhang von politischem Ereignis und öffentlicher Rede darüber. Keineswegs haben die Medien 1870/71 den Einigungsprozess nur darstellend und kommentierend begleitet; sie trugen auch selbst dazu bei, die Einheit Deutschlands herzustellen. Damit sind nicht nur entsprechende politische Forderungen gemeint, die von der Presse erhoben worden sind; auch in einer Propagandatätigkeit, wiewohl auch hiervon durchaus gesprochen werden kann, erschöpft sich das Wechselspiel nicht. Vielmehr machten die Medien die Nation als einen Kommunikationsraum bereits erfahrbar, bevor es im politischen Sinne überhaupt zur Einigung Deutschlands gekommen war. Insofern trat die Öffentlichkeit selbst als Mittel und Instrument zur Herstellung von nationaler Einheit in Erscheinung. Wie dies genau funktioniert hat, soll im weiteren Verlauf deutlich werden. Zunächst steht aber die Erörterung der ersten These an, die auf die Rolle Bismarcks in der Publizistik von 1870/71 abzielt.

Bismarck nahm vom ersten Tag an als Mitglied des Großen Hauptquartiers am Frankreichfeldzug teil. In seiner Begleitung befanden sich die wichtigsten Mitarbeiter des „mobilisierten Auswärtigen Amtes“, wie es leicht ironisch hieß.<sup>2</sup> Nach einigen Verlegungen des Hauptquartiers in-

2| Ernst Deuerlein (Hg.): *Die Gründung des Deutschen Reiches 1870/71 in Augenzeugenberichten*. Düsseldorf 1970, S. 65. Siehe auch die Abbildungen, ebd., S. 112, und in Franz Herre: *Anno 70/71. Ein Krieg, ein Reich, ein Kaiser*. Köln u. a. 1970, S. 21.

folge des schnellen Vorrückens der deutschen Truppen in der Anfangsphase des Krieges setzte sich die deutsche Führungsspitze am 5. Oktober 1870 in Versailles fest, wo sie bis zur Kapitulation Frankreichs verblieb.<sup>3</sup> Bismarck bezog dort mit seinen Mitarbeitern die Villa Jessé, Rue de Provence, deren Räume in improvisierte Büros umgewandelt wurden.<sup>4</sup> Neben den Angestellten des Auswärtigen Amtes befanden sich in Bismarcks Umfeld auch einige Presseexperten. Dieser Abteilung, die von Moritz Busch geleitet wurde, hatte der Kanzler, wiederum mit leichter Ironie, die Bezeichnung „Litterarisches Büro“ verliehen.<sup>5</sup> Politisch gehandelt wurde in Versailles, indem der elektrische Telegraf zur Versendung von Depeschen genutzt und indem über die Feldpost eine enorme Zahl von Briefen expediert wurde. Darüber hinaus wurden in Versailles in schneller Taktung Delegationen empfangen, wie Bismarck umgekehrt auch vom Hauptquartier aus seine Vertrauensleute in Marsch setzte.<sup>6</sup>

Weit davon entfernt, das politische Geschäft mit gebremster Energie zu betreiben, weil im Sommer 1870 die Waffen zu sprechen begonnen hatten, entfaltete Bismarck während des Krieges also ein Höchstmaß an diplomatischer Aktivität. Führt man sich die Aufgaben vor Augen, die er in den sieben Kriegsmonaten zu bewältigen hatte, kann dieses Engagement nicht überraschen: Die militärische Auseinandersetzung musste auf Deutschland und Frankreich beschränkt bleiben, das heißt andere europäische Mächte waren davon abzuhalten, in den Krieg einzutreten. Komplizierte Verhandlungen mit Russland etwa sorgten dafür, dass die beiden Kriegsgegner von 1864 und 1866, Dänemark und Österreich, durch Drohgebärden aus Sankt Petersburg daran gehindert wurden, die Chance zur Revanche zu nutzen. Nach der Niederlage Napoleons III. waren Kapitulations- und Friedensbedingungen zu regeln, ein Problem, das sich wieder neu stellte, als am 4. September 1870 die III. französische Republik ausgerufen wurde – auch auf deutscher Seite musste man sich erst einmal Klarheit darüber verschaffen, ob etwa die Annexion von Elsass-Lothringen mehr Gewinn als Verlust brin-

3| Vgl. zum Beispiel Deuerlein (Hg.): *Die Gründung des Deutschen Reiches*, S. 149f.

4| Herre: *Anno 70/71*, S. 32–34.

5| Hierzu ausführlich Moritz Busch: *Tagebuchblätter*. 3 Bde. Leipzig 1899.

6| Siehe etwa Deuerlein (Hg.): *Die Gründung des Deutschen Reiches*, S. 142, 173 und 207.

gen würde. Zuletzt – und dies war vielleicht die größte Schwierigkeit – waren die deutschen Länder südlich der Mainlinie dazu zu bewegen, der Gründung des Nationalstaats zuzustimmen und eine gemeinsame Verfassung nach dem Muster der Konstitution des Norddeutschen Bundes zu akzeptieren.<sup>7</sup>

Bismarck hatte also eine politische Herkulesaufgabe zu bewältigen, und er verfügte gleichzeitig über nicht unbedeutende Kommunikationsmittel. Das „Litterarische Büro“ bewies nicht nur einmal, wie stark es die deutsche Öffentlichkeit zu beeinflussen vermochte.<sup>8</sup> Als in Bayern sowohl auf Seiten der Krone wie auch auf Seiten der Zweiten Kammer des Landtags Bedenken gegenüber dem Einigungsprozess laut wurden, gelang es Busch, in der bayerischen Presse eine pro-nationale Kampagne zu eröffnen, welche die politischen Entscheidungsträger unter Druck setzte – die gewünschte Stimmung wurde gleichsam herbei geschrieben.<sup>9</sup> Über die Möglichkeiten hinaus, die ihm das „Litterarische Büro“ verschaffte, setzte Bismarck in der Schlussphase des Krieges durch, dass die aus dem Hauptquartier abgehenden, für die Öffentlichkeit bestimmten Depeschen zur militärischen Lage vorab über seinen Schreibtisch liefen. Der Kanzler hatte keine Hemmungen, diese von hohen Militärs unterschriebenen Depeschen zu redigieren, bevor er sie weiterleitete. Paul Bronsart von Schellendorff, Abteilungschef im Generalstab, bezeichnete dies in seinem Tagebuch als ein Vergehen, das jedem anderen als Bismarck eine Zuchthausstrafe eintragen würde.<sup>10</sup>

Die wichtige politische Rolle, die der Kanzler im Einigungsprozess spielte, und der große Einfluss, den er auf die Presse nehmen konnte, wecken gleichermaßen die Erwartung, er müsste in der deutschen Öffentlichkeit als der Demiurg des werdenden Deutschland gefeiert worden sein. Eine genauere Untersuchung zeigt jedoch – um zur Ausgangsthese zurückzukommen –, dass dies eben nicht der Fall war. Selbstverständlich blieb Bismarck nicht gänzlich unerwähnt, aber er stand im Schatten anderer Personen: vor allem des Königs von Preußen Wilhelm I., des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, weiterer deutscher Fürsten und

7| *Ebd.*, S. 115–140; Lothar Gall: *Bismarck. Der weiße Revolutionär*. 5. Aufl. Frankfurt/Main u. a. 1981, S. 435–455.

8| *Zum Beispiel Deuerlein (Hg.): Die Gründung des Deutschen Reiches*, S. 55f.

9| *Ebd.*, S. 139f.

10| *Ebd.*, S. 313.

der wichtigsten Militärs.<sup>11</sup> Dass eine solche Zurücksetzung erfolgte, obwohl Bismarck während des Krieges entscheidende politische Fäden zog, und obwohl er genug Einfluss auf die Medien gehabt hätte, um diese Rolle großartig herauszustreichen, macht den gegenteiligen Befund besonders auffällig – und besonders erklärungsbedürftig. Einige mögliche Ursachen sollen benannt werden.

Um mit dem Naheliegenden zu beginnen: Viele Verhandlungen, die Bismarck während des Krieges führte, waren geheim, sie durften in der Öffentlichkeit allenfalls in Andeutungen thematisiert werden. Das Verschleiern des wirklichen Ausmaßes von Bismarcks Tätigkeit war in diesem Fall sogar ein Gebot der Staatsräson. Hieran lassen sich weitere Argumente anknüpfen, die vielleicht weniger stark in die Augen springen. Der Krieg war durch eine Aggression Frankreichs ausgelöst worden, darauf bestand man auf deutscher Seite, schließlich hatte der westliche Nachbar im Juli 1870 die Kriegserklärung ausgesprochen; Preußen und die anderen deutschen Länder setzten sich zur Wehr, im Zentrum ihres gesamten Handelns stand die militärische Zurückweisung eines regelrechten ‚Überfalls‘. Wäre sichtbar geworden, mit welcher strategischen Umsicht Bismarck von Beginn des Krieges an vorgegangen, um die deutsche Einheit zu bewerkstelligen, hätte diese Deutung des Geschehens an Überzeugungskraft verloren; wer von erster Minute an so weit reichend von den Ereignissen profitieren will, hat sie womöglich doch in entscheidendem Maße selbst auf den Weg gebracht. Die Deutung des Konflikts als Verteidigungskrieg war für die süddeutschen Länder, die unter dieser Voraussetzung an die Seite des Norddeutschen Bundes getreten waren, aber ebenso wichtig wie im Hinblick auf die europäische Öffentlichkeit, die anfangs mit der angegriffenen Partei sympathisierte.<sup>12</sup> Im deutschen Hauptquartier, wo man um die Wichtigkeit der Neutralität von Staaten wie Österreich und England wusste, hatte man sehr wohl auch die Presse dieser Länder im Blick, die durch die neuen Telegrafverbindungen in bisher nicht gekannter

11 | *Bismarck und Moltke vergleicht in diesem Sinne Gall: Bismarck, S. 443; für eine einzelne offiziöse preußische Zeitung stellt ähnliche Beobachtungen an Oliver Fischer: Von Königgrätz nach Sedan. Die amtlich-preußische Kriegsberichterstattung in der ‚Provinzial-Correspondenz‘ während der Kriege von 1866 und 1870/71, in: Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte 12 (2010), S. 85–100, hier S. 93 und 97.*

12 | *Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866–1918. Bd. II: Machtstaat vor der Demokratie. 2. Aufl. München 1993, S. 68f.*

Geschwindigkeit vom politischen und militärischen Geschehen Kenntnis erhielten.<sup>13</sup>

Aber auch ganz ohne Absicht der deutschen Führung veränderte die schlichte Tatsache, dass Krieg geführt wurde, die öffentliche Wahrnehmung. Oberster Kriegsherr war der König von Preußen, wichtigster Heerführer der Kronprinz Friedrich Wilhelm, Kommandant der III. Armee. Diesen Persönlichkeiten an der Spitze der Adelshierarchie war Bismarck, während des Krieges noch Graf, anschließend zum Fürsten erhoben, weit untergeordnet. Auch in der militärischen Rangordnung, die während des Krieges und durch den Krieg eine extreme Aufwertung erfuhr, sah sich der Kanzler zurückgesetzt, durfte er doch nur die bescheidene Uniform eines Reiterregiments der Landwehr tragen.<sup>14</sup>

Nicht, dass Bismarck es an Versuchen hätte fehlen lassen, auch auf das militärische Handeln stärkeren Einfluss zu gewinnen. Teilweise erzielte er dabei auch beachtliche Erfolge. Bekannt ist das Beispiel der Beschießung des belagerten Paris, die Moltke verhindern wollte, Bismarck aber aus außenpolitischen Gründen – um den Krieg zu beenden, bevor es zur Intervention einer dritten Macht kam –, nachdrücklich forderte, wofür er letztlich die Unterstützung des Königs erhielt.<sup>15</sup> Solche faktischen Interventionen der Politik fanden aber nur einen geringen publizistischen Widerhall. Für die Öffentlichkeit spielte zwischen Juli 1870 und Januar 1871 das Militär die entscheidende Rolle; nachdem Deutschland von Frankreich angegriffen worden war, wuchs dem Krieg die Rolle des Motors der nationalen Einigung zu.<sup>16</sup>

13] Deuerlein (Hg.): *Die Gründung des Deutschen Reiches*, S. 145.

14] *Ebd.*, S. 67; Gall: *Bismarck*, S. 443. Vgl. auch die Abbildung in Herre: *Anno 70/71*, S. 28, und die Ausführungen *ebd.*, S. 35. Allgemein zuletzt Karina Urbach: *Bismarck: Ein Amateur in Uniform?*, in: Dies./Brendan Simms (Hg.): *Die Rückkehr der „großen Männer“. Staatsmänner im Krieg. Ein deutsch-britischer Vergleich 1740–1945*. Berlin 2010, S. 87–96. – Bismarck beklagte sich auch selbst verschiedentlich über den seiner Ansicht nach zu geringen Einfluss, den er auf militärische Entscheidungen hatte. Vgl. Deuerlein (Hg.): *Die Gründung des Deutschen Reiches*, S. 213–216.

15] Gall: *Bismarck*, S. 441f.; Christoph V. Albrecht: *Die Sachlogik des preußischen Generalstabs unter Moltke dem Älteren*, in: Patrick Bahners/Gerd Roellecke (Hg.): *Preußische Stile. Ein Staat als Kunststück*. Stuttgart 2001, S. 364–379, hier S. 366.

16] Frank Becker: *Bilder von Krieg und Nation. Die Einigungskriege in der bürgerlichen Öffentlichkeit Deutschlands 1864–1913*. München 2001, S. 321–341.

Auch in der Erinnerungskultur von Krieg und Einigung musste sich Bismarck lange mit einer Nebenrolle begnügen. Er firmierte dort als Berater des Herrschers, im Sinne jenes Modells, das schon auf den aufgeklärten Absolutismus des 18. Jahrhunderts zurückgeht. Diese Rolle war durchaus ehrenvoll, hatte aber nur dienenden Charakter. Auch musste der Kanzler sie sich mit anderen teilen, vor allem mit Militärpersonen, auf die es – zumindest bei oberflächlicher Betrachtung – in der Situation des Krieges in höherem Maße angekommen war. Insbesondere Moltke, dem Chef des Generalstabs, wuchs der Nimbus eines genialen Schlachtenlenkers zu. Dass der König seiner Expertise vertraute – und der Expertise des dritten im Bunde der Paladine, des Kriegsministers Roon, der für die Heeresreform der frühen 1860er Jahre verantwortlich gewesen war –, bildete die Grundlage aller militärischen Erfolge.<sup>17</sup> Erst nach seinem Tod im Jahre 1898 löste sich der Kanzler in vielen Darstellungen des nationalen Einigungsprozesses von seinem Dienstherrn – so etwa in der Deutung der Bismarckturmbewegung oder des Hamburger Bismarckdenkmals, die den Eisernen Kanzler zum maßgeblichen Begründer des Deutschen Reiches stilisierten.<sup>18</sup>

Kommen wir zur zweiten These: Die Medien haben den Einigungsprozess nicht nur darstellend und kommentierend begleitet, sondern trugen selbst dazu bei, die Einheit Deutschlands herzustellen. Die Richtung, in welche diese These zielt, ist oben schon durch die Schilderung bestimmter Vorgänge in Bayern angedeutet worden. Einige Zeitungen schrieben eine pro-deutsche Stimmung herbei, die in solchem Maß anfangs gar nicht vorhanden war. Die entstehende nationale Orientierung wurde also durch ihre öffentliche Thematisierung verstärkt – es kam zu einer positiven Rückkopplung. Ähnliche Prozesse lassen sich für ganz Deutschland feststellen, und sie ereigneten sich zumeist, ohne dass Bismarcks „Litterarisches Büro“ nachhelfen musste. Die veröffentlichte Meinung verfuhr dabei nach einem einfachen Schema: Der Krieg wurde als das alles überragende Geschehen hingestellt, das den kollektiven Schulterschluss der Deutschen herbeiführte. Angesichts der Bedrohung

17| *Ebd.*, S. 346f. und 458–462.

18| Frank Becker: *Kaiser-Wilhelm-Denkmal und Bismarck-Säule: Denkmalkonkurrenz an der Porta Westfalica*, in: *Westfälische Zeitschrift. Zeitschrift für Vaterländische Geschichte und Altertumskunde* 149 (1999), S. 423–439, hier S. 425–428; Jörg Schilling: *„Distanz halten“. Das Hamburger Bismarckdenkmal und die Monumentalität der Moderne*. Göttingen 2006.

durch den äußeren Feind verloren alle internen Konflikte ihre Relevanz, ja ihre Berechtigung.<sup>19</sup>

So nahm die nationale Presse bereits vor Beginn der eigentlichen Kampfhandlungen die Mainlinie ins Visier, die traditionell die Spaltung Deutschlands in einen preußisch dominierten und einen auf seine Eigenständigkeit pochenden, teils auch an Österreich oder Frankreich angelehnten Teil markiert hatte. Schon die Mobilmachung, die von den zuständigen militärischen Stellen durch Befehle und Anordnungen, bezogen auf die gewöhnlichen Soldaten durch Einberufungsbefehle organisiert wurde, erfuhr eine Stilisierung zur regelrechten ‚Erhebung der Massen‘. Die Nation bewaffnete sich, um einen frevelhaften feindlichen Angriff abzuwehren.<sup>20</sup> Staatlichen Zwangs hätte es gar nicht bedurft; wie es der nationale Bellizismus des 19. Jahrhunderts forderte, waren alle wehrfähigen Männer bereit, aus eigenem Antrieb für das Wohl ihres Vaterlandes in die Schranken zu treten.<sup>21</sup> Dies galt für Deutsche aus sämtlichen Regionen und Einzelstaaten, die sich in der Darstellung der nationalen Presse freudig am Rhein versammelten, um gemeinsam Deutschlands Strom zu schützen. Als die Kampfhandlungen begannen, war schnell vom gemeinsam vergossenen Blut die Rede, das den Kitt der nationalen Einheit bilde. Die verbündeten Armeen nahmen die politische Einheit Deutschlands vorweg, die erst Anfang 1871 mit der Kaiserproklamation in Versailles und der Zustimmung Bayerns endgültig realisiert wurde.<sup>22</sup>

19 | *Als Studien, die sich in den letzten Jahren der öffentlichen Darstellung und Deutung der Einigungskriege gewidmet haben, sind zu nennen: Becker: Bilder von Krieg und Nation; Nikolaus Buschmann: Einkreisung und Waffenbruderschaft. Die öffentliche Deutung von Krieg und Nation in Deutschland 1850–1871. Göttingen 2003; Christian Rak: Krieg, Nation und Konfession. Die Erfahrung des deutsch-französischen Krieges von 1870/71. Paderborn 2004; Heidi Mehrkens: Statuswechsel. Kriegserfahrung und nationale Wahrnehmung im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71. Essen 2008; Michael Fischer/Christian Senkel/Klaus Tanner (Hg.): Reichsgründung 1871. Ereignis – Beschreibung – Inszenierung. Münster 2010.*

20 | Die ‚Erhebung der Massen‘ spielte auf die französische ‚levée en masse‘ des Jahres 1793 an, brachte aber zusätzlich die Stärken deutscher Organisation zur Geltung, vgl. Wolfgang Kruse: *Revolutionary France and the Meaning of Levée en masse*, in: Roger Chickering/Stig Förster (Hg.): *War in an Age of Revolution, 1775–1815. Cambridge, Mass. 2010, S. 298–312.*

21 | Frank Becker: *Strammstehen vor der Obrigkeit? Bürgerliche Wahrnehmung der Einigungskriege und Militarismus im Deutschen Kaiserreich*, in: *Historische Zeitschrift* 277 (2003), S. 87–113, hier S. 96–102.

22 | Becker: *Bilder von Krieg und Nation*, S. 321–333.



Einige der Gegenstimmen, die z. B. in Bayern laut wurden, gehörten überzeugten Katholiken wie Joseph Edmund Jörg, der mit der nationalen Einheit nicht nur den Verlust der Eigenständigkeit der Wittelsbachermonarchie, sondern auch ein Übergewicht des Protestantismus in Verbindung brachte.<sup>23</sup> Dies verweist auf eine zweite Konfliktlinie in Deutschland, die im Einigungsprozess überwunden werden musste – den Gegensatz zwischen den beiden großen christlichen Konfessionen. Die evangelische Bevölkerungsmehrheit, die auch in der Nationalbewegung dominierte, interpretierte die Einheit Deutschlands dabei in unterschiedlicher Weise. Zum einen gab es die Deutung des Krieges gegen das katholische Frankreich als eines Religionskrieges, in dem der Protestantismus siege und Deutschland zu einer Bastion dieses Bekenntnisses mache, wobei sich die katholische Minderheit gefälligst anzupassen habe – damit war im Prinzip die Konstellation des auf die Reichsgründung folgenden Kulturkampfes vorgezeichnet. Zum anderen wurde – in ungefähr gleicher Intensität – der konfessionelle Frieden im Zeichen des gemeinsam geführten Krieges ausgerufen; wer die nationale Einheit wolle, müsse zur Versöhnung bereit sein. Ebenso optierten auch die meisten Katholiken, für die klar war, dass ihre Konfession im neuen Nationalstaat nicht den Ton angeben würde. Man demonstrierte während des Krieges seine nationalen Empfindungen und damit seine Anpassungsbereitschaft, immer in der Hoffnung, dass es nach dem Friedensschluss keine Deutschen erster und zweiter Klasse geben möge.<sup>24</sup> In viel schärferer Form stellte sich dieses Problem auch für die jüdische Minderheit, die in ihren Presseerzeugnissen ebenfalls ein klares Bekenntnis zu Krieg und Reichsgründung ablegte, wohl in der Hoffnung, diese Haltung würde durch ein Mehr an Akzeptanz seitens der Deutschen christlicher Konfession honoriert.<sup>25</sup>

23| Winfried Becker: *Mitteleuropavorstellungen deutscher Publizisten. Joseph Edmund Jörg und Friedrich Naumann*, in: Heinrich Oberreuter (Hg.): *Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. Wiesbaden 2004, S. 281–294.

24| Frank Becker: *Konfessionelle Nationsbilder im Deutschen Kaiserreich*, in: Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche (Hg.): *Nation und Religion in der deutschen Geschichte*. Frankfurt/Main 2001, S. 389–418, hier S. 389–407; Ders.: *Protestantische Euphorien. 1870/71, 1914 und 1933*, in: Manfred Gailus/Hartmut Lehmann (Hg.): *Nationalprotestantische Mentalitäten in Deutschland (1870–1970)*. Konturen, Entwicklungslinien und Umbrüche eines Weltbildes. Göttingen 2005, S. 19–44, hier S. 25–30.

25| Christine G. Krüger: *„Sind wir denn nicht Brüder?“ Deutsche Juden im nationalen Krieg 1870/71*. Paderborn 2006, S. 100.

Neben dem Gegensatz der Regionen und dem Streit der Konfessionen bestand noch ein dritter Konfliktherd, der im Zeichen der nationalen Einheit zum Erkalten gebracht werden musste. Die deutsche Gesellschaft war noch nicht sonderlich politisiert, aber doch schon politisiert genug, um mehrere Lager aufzuweisen, die sich auf bestimmte soziale Schichten stützten und diese gegeneinander in Stellung brachten. Damit ist weniger an die Sozialdemokratie gedacht, welche die Arbeiterschaft zu mobilisieren begann, 1870/71 aber erst über geringen Einfluss verfügte.<sup>26</sup> Die Hauptkonfliktlinie verlief zwischen Liberalen und Konservativen, etwas vergrößert also zwischen Bürgertum und Adel. Viele Konservative waren der Ansicht, der Nationalstaat sei eine Erfindung der Liberalen; ihre Loyalität gehörte den jeweiligen Landesherren in den deutschen Teilstaaten. Bismarck, der im Einigungsprozess mit den Liberalen paktierte, schien damit schon fast ein Überläufer ins gegnerische Lager zu sein. Auch deshalb war es wichtig, in der Medialisierung des Krieges den König und die Armee so stark in den Vordergrund zu rücken; diese beiden Größen konnten die Loyalität der Aristokratie nach wie vor uneingeschränkt für sich beanspruchen. Letztlich war es nur die – kleinere – Gruppe der so genannten „Freikonservativen“, im Reichstag als „Deutsche Reichspartei“ firmierend, die Bismarcks Kurs vorbehaltlos unterstützte. Die Mehrheit der (Alt-)Konservativen verharrte noch einige Zeit in skeptischer Distanz, bis sie sich in der zweiten Hälfte der 1870er Jahren ebenfalls eindeutig zum Nationalstaat bekannte.<sup>27</sup>

Für das bürgerlich-liberale Lager schien die Einschätzung der Lage zunächst unstrittig zu sein: Die nationale Einigung war das wichtigste politische Ziel, und Bismarck verwirklichte es. Der zweite Blick offenbart aber auch hier Konfliktpotenzial. Die alten Eliten hatten das politische Heft in der Hand, und ins Feld rückte eine Armee, die – was den preußischen Löwenanteil betraf – gerade in der Heeresreform mit der Zu-

26 | Heinz Beike: *Die deutsche Arbeiterbewegung und der Krieg von 1870/1871*. Berlin 1957; Andrew Bonnell: *Between Internationalism, Nationalism and Particularism: German Social Democrats and the War of 1870–71*, in: *Australian Journal of Politics and History* (38) 1992, S. 375–385.

27 | Hans-Ulrich Wehler: *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918*. 5. Aufl. Göttingen 1983, S. 85; Karl Rohe: *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert*. Frankfurt/Main 1992, S. 68f.; Nipperdey: *Deutsche Geschichte 1866–1918*. Bd. II, S. 337.

rückstufung der Landwehren an bürgerlicher Prägung verloren hatte. War dieser politischen Führung, war diesen Streitkräften zu trauen? Schon in den Kriegen gegen Dänemark 1864 und gegen Österreich 1866 war die Nationalbewegung von Bismarck zunächst düpiert worden. Wer garantierte, dass es nicht 1870 ähnlich kommen würde? Wieder trugen Konstruktionsleistungen der Medien entscheidend dazu bei, die Bedenken einer wichtigen Bevölkerungsgruppe zu zerstreuen und stattdessen eine vollständige Identifikation mit den Ereignissen und den Entscheidungsträgern herbeizuführen.

Dies geschah nicht nur insofern, als der Krieg, wie oben ausgeführt, von vornherein konsequent als Nationalkrieg dargestellt wurde, der die Deutschen aller Regionen vereinte und in der Armee die Nation quasi schon vorweg genommen sah. Auch das Zusammenspiel von Adel und Bürgertum wurde in einer Weise interpretiert, die auf liberaler Seite keine Wünsche offen ließ. Die allgemeine Wehrpflicht als Grundlage der preußisch-deutschen Heeresverfassung, so wollten es die zeitgenössischen Pressekommentare, öffnete die Streitkräfte für die bürgerlichen Schichten und sorgte dafür, dass bürgerliche Fähigkeiten, aber auch bürgerliche Interessen im Krieg zur Geltung kamen.<sup>28</sup> Manche Beobachter verstiegen sich dazu, das bürgerliche Bildungswissen zur entscheidenden Ursache der eigenen Siege zu erklären – der preußische Schulmeister, hieß es schon nach dem Krieg von 1866, sei der eigentliche Sieger von Königgrätz gewesen.<sup>29</sup> Und das Zusammenwirken auf dem Kriegsschauplatz stellte sich keineswegs so dar, dass sich der bürgerliche Untertan dem Adel blind unterwerfen musste. Vielmehr legte die öffentliche Kriegsdeutung Wert darauf, adelige Führung und bürgerliche Teilhabe in einem geglückten Wechselspiel miteinander verbunden zu sehen: Die Offizierselite sorgte für eine perfekte Organisation, die nur als zentrale Lenkung von oben so reibungslos funktionieren konnte, und der mitdenkende bürgerliche Wehrpflichtige, der sich nicht unter-, sondern einordnete, war für die Umsetzung zuständig. Die bürgerliche Idee der Nationalbewaffnung entwickelte sich damit zu einer gelungenen Synthese mit dem aristokratischen Konzept militäri-

28 | Becker: *Bilder von Krieg und Nation*, S. 350–366.

29 | Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 3: Von der „deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges (1849–1914)*. 2. Aufl. München 2006, S. 397f.

scher Professionalität weiter.<sup>30</sup> Moltke, der als Generalstabschef den Kopf der preußisch-deutschen Truppen bildete, wurde in diesem Sinne zu einer Symbolfigur: In der Publizistik zum „Professor in Uniform“ stilisiert, verband er das bürgerliche Ideal wissenschaftlicher Gelehrsamkeit mit militärischer Führungskompetenz.<sup>31</sup> Nicht selten waren Kommentare, die dieses Zusammenspiel, das sich an der Wiege der nationalen Einigung bewährte, auch zum Strukturprinzip des neuen Staates machen wollten: Die Konstitutionelle Monarchie mit dem Allgemeinen Wahlrecht schien das politische Pendant zur adelig geführten Armee mit der Allgemeinen Wehrpflicht zu sein.<sup>32</sup>

Das Gros der Medien propagierte solche Deutungen, die alle internen Konflikte, welche der nationalen Einigung im Wege stehen könnten, als gelöst oder jedenfalls leicht lösbar bezeichneten. Nur wenige Gegenstimmen von der demokratischen Linken oder aus dem ultramontanen katholischen Lager meldeten Zweifel an, wurden aber schnell überhört.<sup>33</sup> Insofern leistete die Deutungsarbeit der Medien unzweifelhaft der Einigung Vorschub. Darin erschöpfte sich der Beitrag der Öffentlichkeit aber noch nicht. Zugespielt formuliert: Diese förderte die Einigung nicht nur, sondern nahm sie gleichsam in eigener Gestalt vorweg. So schufen Medienereignisse Formen der Vergemeinschaftung, die das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit stärkten. Bismarcks Emser Depesche beleidigte erst in zweiter Linie den Nationalstolz der Franzosen, in erster Linie stellte sie dar, dass der König von Preußen durch den französischen Botschafter Benedetti in Bad Ems beleidigt worden sei. In Preußen, ja in ganz Deutschland reagierten viele Menschen hierauf mit Empörung: Sie fühlten sich durch den Angriff auf das Staatsoberhaupt in eigener Person beleidigt – die Ehre des Fürsten wandelte sich zur Ehre der Nation. Dies konnte nur geschehen, weil die Menschen durch Zeitungen von den Ereignissen erfuhren; erst die Presse machte die Verletzung der Nationalehre erfahrbar, ja konstruierte diese Natio-

30 | Frank Becker: *Synthetischer Militarismus. Die Einigungskriege und der Stellenwert des Militärischen in der deutschen Gesellschaft*, in: Michael Epkenhans/Gerhard P. Groß (Hg.): *Das Militär und der Aufbruch in die Moderne 1860 bis 1890. Armeen, Marinen und der Wandel von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in Europa, den USA sowie Japan*. München 2003, S. 125–141, hier S. 128–131.

31 | Becker: *Bilder von Krieg und Nation*, S. 347–350.

32 | Becker: *Synthetischer Militarismus*, S. 131f.

33 | Karl-Georg Faber: *Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands von 1866 bis 1871*. Bd. 2. Düsseldorf 1963, S. 653.

nalehre überhaupt erst, die im Deutschland der Kleinstaaterei bisher allenfalls virtuellen Charakter besaß.<sup>34</sup>

Als der Krieg erklärt war und die deutschen Truppen auszogen, sorgten die Medien für eine permanente Vergemeinschaftung von Armee und Heimat. In einem Nationalkrieg, in dem die bewaffnete Macht mit der Nation und ihren Interessen identisch sein sollte, war dies von eminenter Bedeutung. Sammelstellen überall in Deutschland und die Feldpost sorgten dafür, dass sich ständig ein nicht abreißender Strom von Zeitungen nach Frankreich ergoss. Dort erfuhren die deutschen Soldaten, was in der Heimat geschah, wo man seinerseits Zeitungsberichten entnahm, wie es den Landsleuten im Feindesland erging. Indem überall Zeitungen gelesen wurden, fand eine wechselseitige Perspektivübernahme statt, die das nationale Wir-Gefühl förderte.<sup>35</sup> Visuelle Darstellungen machten diesen medialen Effekt selbst wieder zum Thema und appellierten damit zusätzlich an ihre Rezipienten, in den einheitlichen nationalen Kommunikationsraum einzutreten.<sup>36</sup> Zumindest bis in den Herbst 1870 hinein konnte mit solchen und ähnlichen Methoden, natürlich auch im Zeichen der militärischen Erfolge, für eine gute Stimmung in der Heimat und bei den Streitkräften gesorgt werden. Mit dem Wintereinbruch wurde diese jedoch auf eine harte Belastungsprobe gestellt. Eine groß inszenierte Kriegsweihnacht wirkte der beginnenden Depression entgegen<sup>37</sup>, bevor die französische Kapitulation Ende Januar 1871 das ersehnte Ende der Kampfhandlungen brachte.

### **Die Ära Adenauer: Einigung oder Spaltung?**

Eine Untersuchung der Medialisierung der Deutschlandpolitik Adenauers steht vor dem Problem, dass sich diese Politik kaum auf ein einzelnes Großereignis hin zentrieren lässt. Fasst man Ereignisse, die auf den

34 | Becker: *Bilder von Krieg und Nation*, S. 295–306.

35 | Frank Becker: *Deutschland im Krieg von 1870/71 oder die mediale Inszenierung der nationalen Einheit*, in: Ute Daniel (Hg.): *Augenzeugen. Kriegsberichterstattung vom 18. zum 21. Jahrhundert*. Göttingen 2006, S. 68–86, hier S. 76–81.

36 | Frank Becker: *Bildberichterstattung zum Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 – eine Kultur der Identifikation*, in: Jörg Echternkamp/Wolfgang Schmidt/Thomas Vogel (Hg.): *Perspektiven der Militärgeschichte. Raum, Gewalt und Repräsentation in historischer Forschung und Bildung*. München 2010, S. 213–221 und 385–388 [Bildteil].

37 | Becker: *Bilder von Krieg und Nation*, S. 367–370.

Zusammenschluss der drei Westzonen und die (weitgehende) Wieder-  
gewinnung der Souveränität dieses Staates hinwirken, als – wenn auch  
unvollendete – Einigungspolitik auf, so hat man es mit vielen kleinen  
Schritten zu tun, die allesamt, auch in der medialen Thematisierung,  
mit spektakulären Ereignissen wie einer Nationalstaatsgründung im  
Stile von 1870/71 oder einer Wiedervereinigung wie 1989/90 nicht im  
Entferntesten zu vergleichen sind. Dasselbe gilt für die Geschehnisse,  
die eine Einigung Gesamtdeutschlands als Möglichkeit am Horizont  
aufscheinen ließen, sie aber letztlich doch nicht herbeiführten, wie etwa  
die Stalin-Note von 1952. Trotzdem fanden in solchen Kontexten selbst-  
verständlich nicht geringfügige öffentliche Debatten statt, die Adenau-  
ers Einigungspolitik, oder möglicherweise deren Gegenteil, zum Thema  
machten.

Damit ist bereits die Brücke zu einem weiteren Problem geschlagen.  
Die Einschätzung, Adenauer sei ein „Kanzler der Einheit“, wurde von  
vielen seiner Zeitgenossen nicht geteilt. Manche sahen in ihm sogar  
den „Spalter“ der Nation, der einen zwar verkleinerten, aber eindeutig  
westlich orientierten Staat nach dem Muster des napoleonischen  
„Rheinbundes“ einer gesamtdeutschen Lösung vorziehe.<sup>38</sup> Sogar von  
einem Ressentiment des Rheinländers Adenauer gegenüber dem  
Deutschland östlich der Elbe wurde gesprochen, das es ihm leicht ma-  
che, den östlichen Teil des Landes de facto mehr und mehr abzuschrei-  
ben. Adenauers Beteuerungen, sein Ziel sei weiterhin die Einheit der  
gesamten Nation, wurde als politische Rhetorik abgetan, die notwendig  
war, um national gesinnte Kreise an die CDU zu binden. Dabei hatte  
Adenauer nicht einmal in der bürgerlich-konservativen Presse verläss-  
lichen Rückhalt. Zwischen 1951 und 1955 lag der Kanzler im Streit mit  
der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, deren Autor Paul Sethe die  
Deutschlandpolitik der Regierung scharf kritisierte<sup>39</sup>; in der „Welt“ mo-  
kierte sich Chefredakteur Hans Zehrer regelmäßig über die vermeint-  
liche Verletzung nationaler Interessen<sup>40</sup>. All dies veranlasste Adenauer  
zu der bekannten Äußerung aus dem Frühjahr 1956, es gebe keine

38| Alexander Gallus: *Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutsch-  
land zwischen Ost und West 1945–1990*. Düsseldorf 2001, S. 116.

39| Johannes J. Hoffmann: *Adenauer: „Vorsicht und keine Indiskretionen!“  
Zur Informationspolitik und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung  
1949–1955*. Diss. Göttingen 1992, S. 42–44.

40| Friedrich J. Bröder: *Presse und Politik. Demokratie und Gesellschaft im  
Spiegel politischer Kommentare der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“,  
der „Welt“ und der „Süddeutschen Zeitung“*. Erlangen 1976, S. 169.

große Zeitung, welche die Politik der CDU unterstütze, sogar die „Welt“ sei ein sozialistisches Blatt.<sup>41</sup>

Bekanntlich war Adenauers eigene Sichtweise seiner Deutschlandpolitik eine völlig andere. Er unterschied zwischen einer ‚richtigen‘ und einer ‚falschen‘ Einheit Deutschlands. ‚Richtig‘ und mithin erstrebenswert war die Einheit dann, wenn sie sich mit Freiheit und Demokratie verband. Dies war nur im Verbund mit dem Westen durchsetzbar. Der freiheitlich-demokratische Teil des Landes musste sich also in den Westen integrieren – und hoffen, der von der Sowjetunion kontrollierte Teil könnte eines Tages nachfolgen. Die pluralistische, mehr und mehr auch wohlhabende Bundesrepublik würde also gleichsam wie ein Magnet wirken.<sup>42</sup> Eine Einheit jedoch, die sich mit der Lösung der Bundesrepublik vom Westen verknüpft hätte, wäre insofern ‚falsch‘ gewesen, als sie sich mit dem hohen Risiko verbunden hätte, dass Deutschland insgesamt unter den Einfluss des Ostblocks geraten wäre und seine freiheitlich-demokratische Ordnung eingebüßt hätte. Adenauer wollte für die Einheit, und dies war auch die Position der westlichen Partner, nicht den Preis des Verlusts der Freiheit für alle Deutschen bezahlen.<sup>43</sup>

Es gelang dem Kanzler nicht, seine Kritiker von der Richtigkeit – und Aufrichtigkeit – dieser Position zu überzeugen. Die hervorragenden Wahlergebnisse gerade in den 1950er Jahren verdankte Adenauer weniger seiner Deutschlandpolitik, als vielmehr der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Union im Zeichen des rasanten ökonomischen Aufschwungs. Die Achtung vor dem Kanzler als politischer Persönlichkeit beruhte primär auf seiner Erfahrung, seiner taktischen Schläue und Aufsehen erregenden Erfolgen wie der Rückholung der letzten rund 10.000 deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion im September 1955.<sup>44</sup> Unterdes gelang es in nationalpolitisch brisanten Fragen

41 | Hoffmann: Adenauer, S. 32.

42 | Gallus: Die Neutralisten, S. 116.

43 | Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus. Hg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz. Adenauer Teegespräche 1950–1954. Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters. 2. Aufl. Berlin 1985, S. 83f. und 99.

44 | Elisabeth Noelle-Neumann: Adenauer in der öffentlichen Meinung, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): Nachdenken über Konrad Adenauer und seine Politik. Internationales wissenschaftliches Symposium am 27. April 1992 aus Anlass des 25. Todestages von Konrad Adenauer. Bonn u. a. 1993, S. 94–100, hier S. 99f.

immer wieder seinen Gegnern, die Öffentlichkeit zu mobilisieren und zumindest phasenweise die ‚Deutungshoheit‘ zu gewinnen. Die Diskussion um die Wiederbewaffnung mag hier als Beispiel fungieren.<sup>45</sup> Die Kritiker beherrschten das Feld, obwohl die Bundesregierung sogar eine regelrechte Werbekampagne für den NATO-Beitritt startete.<sup>46</sup>

In der Vergangenheit wurde das vergleichsweise schlechte Abschneiden Adenauers in solchen öffentlichen Debatten mit einer grundsätzlich unzulänglichen PR-Leistung des Kanzlers und seiner Mitarbeiterstäbe begründet. Adenauer sei im persönlichen Auftreten spröde gewesen und der Umgang mit Journalisten habe ihm nicht gelegen; zudem sei er nicht imstande gewesen, die Wirkmächtigkeit des neuen Mediums Fernsehen rechtzeitig zu erkennen.<sup>47</sup> Darüber hinaus habe in Bonn in den Anfangsjahren der Bundesrepublik die Devise gegolten, man wolle keine ‚Goebbels-Methoden‘; die Arbeit der Regierung müsse nüchtern dargeboten werden und aus der Sache heraus überzeugen.<sup>48</sup>

Die neuere Forschung hat das Bild vom ‚medienabstinenten‘ Adenauer gründlich revidiert. Der Kanzler hatte ein ausgeprägtes Bewusstsein von der Relevanz öffentlicher Erörterungen. Auch der Demoskopie wandte er früh seine Aufmerksamkeit zu, ließ sich von Meinungsforschern wie Elisabeth Noelle-Neumann beraten.<sup>49</sup> Im Kanzleramt baute Adenauer eine leistungsstarke Presseabteilung auf.<sup>50</sup> Willfähige Zeitungen und Zeitschriften wurden subventioniert.<sup>51</sup> Persönlich engagierte sich Adenauer bei den „Teegesprächen“, zu denen er regelmäßig eine

45 | *Ebd.*, S. 98; vgl. auch Lars Rosumek: *Die Kanzler und die Medien. Acht Porträts von Adenauer bis Merkel*. Frankfurt/Main 2007, S. 56.

46 | Frank Andreas Buchwald: *Adenauers Informationspolitik und das Bundespresseamt 1952–1959. Strategien amtlicher Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Kanzlerdemokratie*. Diss. Mainz 1991, S. 59, 66 und 76; Hoffmann: *Adenauer*, S. 365–381.

47 | Gegen diese Sichtweise hat bereits argumentiert Buchwald: *Adenauers Informationspolitik*, S. 205. An einem Beispiel neuerdings auch Frank Bösch: „Keine Experimente“. Adenauer als alternder Staatsmann, in: Gerhard Paul (Hg.): *Das Jahrhundert der Bilder. Bd. II: 1949 bis heute*. Bonn 2008, S. 194–201.

48 | Rosumek: *Die Kanzler und die Medien*, S. 54.

49 | Noelle-Neumann: *Adenauer in der öffentlichen Meinung*, S. 96f.; Rosumek: *Die Kanzler und die Medien*, S. 74f.

50 | Buchwald: *Adenauers Informationspolitik*, S. 49 und 61; Hoffmann: *Adenauer*, S. 45–73.

51 | *Ebd.*, S. 203–231.



ausgewählte Schar von Journalisten einlud, um sie mit Hintergrundinformationen zu versorgen.<sup>52</sup>

An einem Mangel an Engagement im Bereich der Publizistik kann es also nicht gelegen haben, wenn Adenauers Konzept der Wiederherstellung der nationalen Einheit außerhalb der Union so wenig Anklang fand und in Deutschland nie zu einer lagerübergreifenden Leitvorstellung wurde.<sup>53</sup> Sucht man nach anderen Ursachen, fällt zunächst der Umstand ins Auge, dass Adenauer trotz seines taktischen Geschicks ausgerechnet im Bereich der Deutschlandpolitik einige Male ein Verhalten an den Tag legte, das nur schwer vermittelbar war. Bei der Stalinnote von 1952 steht bis heute der Vorwurf im Raum, Adenauer habe nicht einmal den Versuch unternommen, das Angebot der Sowjetunion auf seine Glaubwürdigkeit hin zu überprüfen und gleichzeitig auszuloten, ob der Westen nicht noch günstigere Bedingungen würde durchsetzen können.<sup>54</sup> Als 1961 die Berliner Mauer gebaut wurde, unterließ es der Kanzler, sofort nach Berlin zu reisen, um seinen Protest vor Ort zu äußern und sich gleichzeitig demonstrativ mit den unmittelbar betroffenen Menschen zu solidarisieren. Die BILD-Zeitung titelte: „Der Westen tut nichts.“<sup>55</sup> Der gesamte Vorgang leitete Wasser auf die Mühlen all derer, die Adenauer ohnehin in der deutschen Frage eine laue Haltung unterstellten. Letztlich berühre es ihn wenig, mutmaßten Kritiker, wenn der Ostteil Deutschlands endgültig vom Westen abgeschnitten würde. Gewiss trugen auch diese Zusammenhänge dazu bei, dass die CDU bei der Bundestagswahl von 1961 vergleichsweise schlecht abschnitt.<sup>56</sup>

52 | Rosumek: *Die Kanzler und die Medien*, S. 64ff.

53 | Gallus: *Die Neutralisten*, S. 46.

54 | So die Auffassung von Wilfried Loth: *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte*. Berlin 1994; Ders.: *Die Sowjetunion und die deutsche Frage. Studien zur sowjetischen Deutschlandpolitik*, Göttingen 2007. Vgl. allerdings auch die Gegenthese von Gerhard Wettig, *Stalin habe nur ein Scheinangebot unterbreitet, dem Adenauer – der überdies nicht direkt adressiert worden war – zu Recht mit großer Skepsis begegnet sei*. Zur Loth-Wettig-Debatte vgl. Jürgen Zarusky (Hg.): *Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen*. München 2002. Den Fortgang der Diskussion spiegelt auch Gerhard Wettig: *Stalin and the Cold War in Europe: The Emergence and Development of East-West Conflict*. Lanham 2007.

55 | Rosumek: *Die Kanzler und die Medien*, S. 86.

56 | *Ebd.*

Doch auch die nationalpolitisch brisanten Medienereignisse, die Adenauer keineswegs als einen überzeugenden „Kanzler der Einheit“ erscheinen ließen, erklären den oben formulierten Befund nicht hinreichend. Neben den Ereignissen, denen immer ein gewisses Maß an Kontingenz anhaftet, müssen auch strukturelle Gegebenheiten wirkmächtig gewesen sein. Das Konzept der nationalen Einigung aus einer Position der Stärke heraus, die es dem Westen ermöglichte, die Bedingungen des Vorgangs allein zu bestimmen, galt während der Kanzlerjahre Adenauers als weitgehend illusorisch.<sup>57</sup> Krisen wie die inneren Querelen nach Stalins Tod 1953 oder der Ungarnaufstand von 1956 änderten nichts daran, dass der Kommunismus weltweit auf dem Vormarsch blieb. Einmal erworbenes Territorium würde er nicht wieder hergeben, und schon gar nicht, ohne dabei Bedingungen zu stellen. Die Idee einer Wiedervereinigung nach westdeutschem Muster schien so maßlos optimistisch zu sein, dass der Verdacht aufkam, der Kanzler formuliere sie nur, um sich angesichts ihrer offenkundigen Nicht-Realisierbarkeit ganz auf den Aufbau der Bundesrepublik und ihre Integration in die westliche Welt konzentrieren zu können.

Adenauers Kanzlerschaft sollte schon fast ein Vierteljahrhundert zurückliegen, als Perestroika und Glasnost endgültig bewiesen, dass solche Vorwürfe zu kurz gegriffen hatten. Der Kanzler hatte vorausgesagt oder doch zumindest vorausgeahnt, was sich jetzt bestätigte – die Ostblockstaaten vermochten dem Tempo der industriellen Entwicklung nicht mehr zu folgen, gingen beim Wettrüsten in die Knie und verloren die Unterstützung ihrer Bevölkerungen. Erst Helmut Kohl, der sich generell gern zum politischen Enkel Adenauers erklärte, fand die Situation vor, die sein Mentor antizipiert hatte: ein sozialistischer Machtbereich, der kurz vor dem Kollaps stand. Unter diesen Umständen wurde durchsetzbar, was in den 1950er und 1960er Jahren von vielen Beobachtern noch für unmöglich erklärt worden war.

Dass Adenauers Politik die deutsche Einheit nach westlichem Muster, jene Form der Einheit also, die, als sie realisierbar schien, auch von der überragenden Mehrheit der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands so gewollt wurde, durch seine Politik vorbereitet hatte, wurde und wird

57| John Lukacs: *Adenauers Deutschland zwischen Ost und West*, in: *Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): Nach-Denken*, S. 64–74, hier S. 71.

freilich in den Medien nur selten thematisiert. Zu weit liegt die Kanzlerschaft Adenauers zurück, zu sehr sind Ursachen und Wirkungen nur noch einer Minderheit vertraut. Ob sich Adenauer zumindest im Diskurs der Historiker als „Kanzler der Einheit“ etablieren kann, wird abzuwarten sein.

### **Die Wiedervereinigung von 1989/90**

Im Gegensatz zu Adenauer, dem aus heutiger Sicht zwar bescheinigt werden kann, eine letztlich erfolgreiche, wenn auch langwierige Strategie zur Wiedervereinigung Deutschlands verfolgt zu haben, dem es aber nicht vergönnt war, diese ans Ziel gelangen zu sehen, ist Helmut Kohl ohne Zweifel und im vollen Wortsinn als ein „Kanzler der Einheit“ zu apostrophieren. Das rückt ihn im Hinblick auf die hier interessierende Fragestellung – bei allen verbleibenden Unterschieden – stärker an Bismarck heran als an Adenauer, obwohl er politisch oft in den Fußstapfen des Letzteren wandelte. Kohl stand aber wie Bismarck als maßgeblicher Akteur im Mittelpunkt eines tatsächlich erfolgenden Einigungsprozesses, der sich als dichte Ereignisfolge darstellte – wenn diese Ereignisfolge auch eine friedliche Revolution und keineswegs, wie rund hundertzwanzig Jahre zuvor, eine blutige militärische Auseinandersetzung gewesen ist.

Die Differenz in der öffentlichen Inszenierung dieser beiden Kanzlerfiguren springt sofort ins Auge. Von einem Zurücktreten hinter die Kulissen, wie bei Bismarck in den entscheidenden Monaten vor der Reichsgründung zu beobachten, konnte bei Kohl im Prozess der Wiedervereinigung keine Rede sein. Im Gegenteil: Die Wiedervereinigung wurde in einem noch höheren Maße, als es der Rolle des Kanzlers im politischen System der Bundesrepublik ohnehin entsprochen hätte, mit der Person und Persönlichkeit Kohls identifiziert.

Wie erklärt sich dieser Befund? Erneut ist ein Blick auf den historischen Kontext hilfreich. Das infolge der Aufhebung der Teilung erwartete Erstarken Deutschlands rief sowohl im östlichen, als auch im westlichen Ausland Befürchtungen hervor. Ein Staat mit einer Bevölkerung von 80 Millionen Menschen würde das europäische Gleichgewicht aus den Angeln heben; möglicherweise bekämen es seine Nachbarn auf längere Sicht wieder mit einem nach Hegemonie strebenden Aggressor zu tun. Insofern stand fest: Die deutsche Einheit würde von den anderen Mächten nur akzeptiert werden, wenn ein unbedingtes Vertrauen in die fried-

lichen, an Freiheit und Demokratie orientieren Absichten der Bundesrepublik bestand. ‚Vertrauen‘, eine Haltung, in der Kognitives und Emotionales zusammenfließen, macht sich in der Politik aber häufig weniger an Abmachungen und Erklärungen, als an Persönlichkeiten fest. Auf deutscher Seite wurde eine Persönlichkeit benötigt, die imstande war, Vertrauen herzustellen und aufrecht zu erhalten. Schnell übernahm Kohl diese Rolle. Die Medien präsentierten ihn als ein Muster an Verlässlichkeit und Integrität.

Dieses positive Image war allerdings zunächst nicht unumstritten. Seit seinem Amtsantritt 1982 war es dem Kanzler – unter anderem wegen seines unerschütterlichen Festhaltens am NATO-Doppelbeschluss – im Ausland zugewachsen; in den bundesdeutschen Medien, sofern sie nicht ausgesprochen unionsnah waren, hatte er hingegen nicht viel Zuspruch geerntet. Vermeintliche Provinzialität und rhetorische Mängel waren teils sogar mit Häme quittiert, politische Ungeschicklichkeiten regelmäßig zu Skandalen aufgebauscht worden.<sup>58</sup> Im Sommer 1989 führte innerparteiliche Kritik fast zum Sturz des Kanzlers, dessen Tage an der Spitze der Regierung in den Augen vieler Medienvertreter bereits gezählt waren. Kohls Rede am Brandenburger Tor am 9. November 1989 markierte gleichsam den Wendepunkt.<sup>59</sup> Noch einmal spielte das Fernsehen dem Kanzler einen Streich, indem es die gellenden Pfiffe, mit denen ein Teil des Auditoriums seinem Unmut Luft machte, ungefiltert über den Äther gehen ließ.<sup>60</sup> Kübel von Spott ergossen sich über die Szene, in der Kohl, begleitet von Brandt, Genscher und Momper, mit rauher Stimme das Deutschlandlied sang. Dann aber setzte der Umschwung ein. Kohls Provinzialität wurde zu Bodenständigkeit umgedeutet, sein Mangel an Brillanz zum Ausdruck von solider, ehrlicher Überzeugung. Die Medien mussten nur kleine Stellschrauben neu justieren, um aus dem etwas tollpatschigen Pfälzer den Inbegriff einer Vertrauensperson zu machen.<sup>61</sup>

58 | Anja Besand: *Die Birne. Helmut Kohl in der Satire*, in: Gerhard Paul (Hg.): *Das Jahrhundert der Bilder. Bd. II: 1949 bis heute*. Bonn 2008, S. 516–523.

59 | Rosumek: *Die Kanzler und die Medien*, S. 157.

60 | Hanns Jürgen Küsters: *Das Ringen um die deutsche Einheit. Die Regierung Helmut Kohl im Brennpunkt der Entscheidungen 1989/90*, Freiburg/Breisgau u. a. 2009, S. 76f.

61 | Rosumek: *Die Kanzler und die Medien*, S. 169f.

Schon das Treffen von Kohl und Gorbatschow im Juli 1990 im Kaukasus, für das sich die Bezeichnung „Strickjackenkonferenz“ eingebürgert hat, wurde in dieser Weise inszeniert. Die gänzlich unpräntentöse Form, in welcher der Kanzler mit dem Staatsoberhaupt der Sowjetunion verhandelte, schien der beste Garant für den Abbau aller Vorbehalte zu sein. Kohl vermochte eine geradezu familiäre Atmosphäre zu schaffen.<sup>62</sup> Außenminister Genscher, der auch bei dieser Konferenz an der Seite des Kanzlers agierte, wurde seinem Dienstherrn dabei – in der Stilisierung der Medien – wie eine komplementäre Figur zugeordnet.<sup>63</sup> Stand Kohl für Impulsivität, spontanes Handeln und Entscheidungsfreudigkeit, so verkörperte Genscher Bedachtsamkeit und diplomatische Schläue.<sup>64</sup> Wo der eine in schwierigen Verhandlungen das Eis brach, goss der andere die Ergebnisse behutsam in konkrete Abmachungen um. In der DDR genossen beide Politiker besonderes Vertrauen. Kohl erwarb es sich in vielen Reisen und (Wahlkampf-)Reden, Genscher erhielt den Vertrauensvorschuss desjenigen, der selbst in Ostdeutschland aufgewachsen war.<sup>65</sup>

So konnte der Kanzler erleben, dass die bundesdeutschen Medien im Prozess der Wiedervereinigung fast geschlossen hinter ihm standen.<sup>66</sup> Größeren Streit gab es nur noch einmal in der Frage der Oder-Neiße-Linie. Sogar das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, das ihn in den ersten sieben Jahren seiner Kanzlerschaft fast nur geschmäht hatte, vollzog unversehens einen Kurswechsel – „Glückwunsch Kanzler“, rief Rudolf Augstein aus.<sup>67</sup> Bei aller Relevanz solcher (gewandelten) Medienbilder darf freilich nicht übersehen werden, dass viel von dem Vertrauen, das Kohl einflößte, auch daher rührte, dass seine Politik der deutschen Ein-

62 | *Ebd.*, S. 174.

63 | *Angela Fischer: Entscheidungsprozeß zur deutschen Wiedervereinigung. Der außen- und deutschlandpolitische Entscheidungsprozeß der Koalitionsregierung Kohl/Genscher in den Schicksalsjahren 1989/90. Frankfurt/Main 1996, S. 99 und 104. Während Kohl die Freundschaft Gorbatschows gewann, besaß Genscher ein Vertrauensverhältnis zu dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse, der anfangs die Wiedervereinigung Deutschlands strikt ablehnte, vgl. ebd., S. 104.*

64 | *Ebd.*, S. 102.

65 | *Ebd.*, S. 103. *Zur großen Bedeutung von Politiker-Persönlichkeiten und ihren Beziehungen zueinander im Einigungsprozess auch Küsters: Das Ringen um die deutsche Einheit, S. 426f.*

66 | *Fischer: Entscheidungsprozeß zur deutschen Wiedervereinigung, S. 97–99.*

67 | *Der Spiegel, Nr. 30 vom 23. Juli 1990.*

heit fest mit einer Strategie der Einigung Europas verknüpft war. Damit schuf der Kanzler politische Fakten, die unmissverständlich klar machten, dass Deutschland keine Hegemonie in Europa anstrebte, sondern in Europa aufgehen wollte – in einem Europa, das möglichst allen Staaten jene Freiheitsrechte gewährte, von denen die Deutschen 1989/90 profitierten. Kohl war also „Kanzler der Einheit“ sogar in einem doppelten Sinn – für die Einheit Europas setzte er sich ebenso ein wie für die Einheit Deutschlands.<sup>68</sup>

Für den Themenkreis, der oben mit der zweiten These zu Bismarck beschrieben wurde, bestehen viele Ähnlichkeiten zwischen 1870/71 und 1989/90. Auch bei der Wiedervereinigung nahmen Medien nicht nur kommentierend Stellung, sondern trugen dazu bei, Entwicklungen faktisch anzuschieben. Aufstandsbewegungen profitieren davon, wenn von ihnen berichtet wird, weil dies wieder andere ermutigt, sich der Rebellion anzuschließen.<sup>69</sup> So waren die bundesdeutschen Medien darauf bedacht, die Demonstrationen in der DDR kurz vor der Wende zu thematisieren.<sup>70</sup> Entscheidende Bedeutung kam dabei dem 9. Oktober 1989 zu. Die Leipziger Montagsdemonstrationen wurden vom SED-Regime zu diesem Zeitpunkt bereits als große Gefahr für die Stabilität des Landes eingestuft. Erich Honecker war entschlossen, die Demonstrationen zu unterdrücken. Er verstärkte die Sicherheitskräfte in Leipzig und ordnete an – in richtiger Erkenntnis der von den Medien ausgehenden Gefahr –, dass westliche Korrespondenten die Stadt nicht mehr betreten dürften. Dieses Verbot wurde allerdings unterlaufen. Roland Jahn, der 1983 in die Bundesrepublik abgeschoben worden war, seither beim Sender Freies Berlin arbeitete und sich als einer der ‚Sprecher‘ der DDR-Opposition im Westen verstand, sorgte dafür, dass zwei Männer aus Ost-Berlin in Leipzig filmten und diese Aufnahmen über die Grenze gelangten. Am Abend des 9. Oktober eröffnete die Tagesschau der ARD ihre Sendung mit zwar unscharfen, aber nicht weniger eindrucksvollen Bildern, welche die Protestzüge von ca. 70.000 Menschen zeigten. Nach diesem ‚Mediendesaster‘ wurde Honecker von der SED-Spitze zum Rücktritt gezwun-

68 | Rosumek: *Die Kanzler und die Medien*, S. 170.

69 | Monika Lindgens/Susanne Mahle: *Vom Medienboom zur Medienbarriere. Massenmedien und Bürgerbewegungen im gesellschaftlichen Umbruch der DDR und im vereinten Deutschland*, in: Rainer Bohn/Knut Hickethier/Eggo Müller (Hg.): *Mauer-Show. Das Ende der DDR, die deutsche Einheit und die Medien*. Berlin 1992, S. 95–112, hier S. 98f.

70 | Rainer Bohn/Knut Hickethier/Eggo Müller: *Einleitung*, in: *Dies.* (Hg.): *Mauer-Show*, S. 7–16, hier S. 7.

gen, ein wichtiges Glied in der Ereigniskette, die letztlich zur Maueröffnung und zum Zusammenbruch der DDR führte.<sup>71</sup>

Auch die Berichterstattung über die Botschaftsflüchtlinge in Prag, die ebenfalls anfangs vor allem via Westfernsehen zu den DDR-Bürgern gelangte, bildete ein solches Moment der positiven Rückkopplung im Vorfeld von friedlicher Revolution und Mauerfall. Die Regierung Krenz entschloss sich unter dem Eindruck dieser Wechselwirkungen zu einer neuen Medienstrategie: Das Staatsfernsehen schwiug die Proteste der DDR-Bürger nicht länger tot, sondern griff sie – in moderaten Formen – auf, um einen öffentlich geführten Dialog zwischen den Machthabern und der Opposition zu ermöglichen.<sup>72</sup> Dieser Dialog wiederum sollte den Regimegegnern den Eindruck vermitteln, ihre Kritik werde ernst genommen und habe die Chance, praktische Folgen zu zeitigen. Auch sollte die Etablierung des eigenen Fernsehens als Forum für den politischen Streit den Einfluss der Westmedien schmälern – wenn die DDR-Kanäle die Opposition zu Wort kommen ließen, verringerte sich vermeintlich das Interesse, sich bei den Sendeanstalten der Bundesrepublik zu informieren. Hierbei überschätzte die Regierung Krenz allerdings den Einfluss deutlich, den das eigene Fernsehen noch nehmen konnte.

So zahlte sich diese ‚Umarmungsstrategie‘ für die Regierung Krenz politisch nicht mehr aus. Immerhin verschaffte sie aber dem Fernsehen der DDR ein verbessertes Image, das dafür sorgte, dass mancher Bürger der neuen Bundesländer dessen Niedergang 1990/91 mit Bedauern verfolgte. Was nach der Wende geschah, lässt sich ohnehin als eine Forcierung des Einigungsprozesses mit medienpolitischen Mitteln bezeichnen: Das Mediensystem der Bundesrepublik wurde dem Beitrittsgebiet mehr oder weniger übergestülpt.<sup>73</sup> Positiv formuliert, bedeutete

71 | Zu diesem Abschnitt Manfred Wilke: *Wer hat die deutsche Einheit herbeigeführt?*, in: Wolfgang Bergsdorf u. a. (Hg.): *Deutsche Einheit. Ein Projekt*. Erfurt u. a. 2008, S. 191–208, hier S. 198f.

72 | Knut Hickethier: *Das Zerschlagen der Einrichtung. Der Weg vom Staatsfernsehen der DDR zum Rundfunkföderalismus in den neuen Bundesländern*, in: Bohn/Hickethier/Müller (Hg.): *Mauer-Show*, S. 71–94, hier S. 73–75; Lindgens/Mahle: *Vom Medienboom zur Medienbarriere*, ebd., S. 95–112, hier S. 97.

73 | Vgl. die Beiträge und Quellen in Werner Claus (Hg.): *Medien-Wende – Wende-Medien? Dokumentation des Wandels im DDR-Journalismus Oktober '89 – Oktober '90*. Berlin 1991. Auch Bohn/Hickethier/Müller: *Einleitung*, S. 9, sowie Heinz Pürer/Johannes Raabe: *Presse in Deutschland*. 3. Aufl. Konstanz 2007, S. 211–235.

dies die Herstellung eines einheitlichen nationalen Kommunikationsraums, in dem sich alle Deutschen unter den Bedingungen freier Meinungsäußerung austauschen konnten und miteinander verbunden waren. Negativ formuliert, verloren die Ostdeutschen die Chance, ihre eigenen Medien in freiheitlich-pluralistischer Richtung weiterzuentwickeln, was möglicherweise der stärkeren Bewahrung einer eigenen Identität hätte zugute kommen können.<sup>74</sup> Der Streit über solche und ähnliche Fragen wird bekanntlich bis zur Gegenwart geführt.

### **Zusammenfassender Vergleich**

Ein Vergleich der Rolle der Publizistik im Krieg von 1870/71, bei der Darstellung des deutschlandpolitischen Konzepts Adenauers und im Prozess der deutschen Wiedervereinigung 1989/90 wird natürlich durch die fundamentalen Unterschiede der Medienlandschaften und politischen Vorgänge – Krieg hier, Neuentstehen eines zerstörten Landes dort, zuletzt friedliche Revolution – extrem erschwert. Trotzdem hat die Untersuchung einige Besonderheiten und Gemeinsamkeiten der drei Einigungsprozesse und Kanzlerfiguren in der medialen Repräsentation herauschälen können.

Bei der Entstehung des deutschen Nationalstaats 1870/71 war die vergleichsweise unscheinbare Rolle spezifisch, die dem „Kanzler der Einheit“ in der öffentlichen Wahrnehmung zuerkannt wurde. Erst im Nachhinein wurde Bismarck zum maßgeblichen Reichsgründer stilisiert. Ansonsten erwies sich die eigene Akteursrolle der Medien bei der Herstellung der deutschen Einheit als wichtiger Faktor. In der Gestalt eines gemeinsamen Kommunikationsraums wurde die Nation von den Medien gleichsam vorweggenommen. Ähnliche Phänomene waren 1989/90 zu beobachten. So trugen die Berichte über die Leipziger Montagsdemonstrationen im Westfernsehen dazu bei, die Ereignisfolge, die zur Wiedervereinigung führte, in Gang zu setzen. Im Unterschied zu Bismarck freilich war Kohl ein „Kanzler der Einheit“, der auch zeitgenössisch in dieser Rolle gesehen wurde. Seine Persönlichkeit und deren hoch präsenten Medienbild unterstützten sogar faktisch den Einigungsprozess. Kohls Solidität und Authentizität zerstreuten die Bedenken vieler Skeptiker im In- und Ausland, und als Kanzler auch der europäischen Einheit garantierte er die Balance zwischen den nationalen Interessen Deutschlands und einer supranationalen politischen Ordnung. Das Image des Kanzlers trat in

<sup>74</sup> | *Hickethier: Das Zerschlagen der Einrichtung, S. 77–86.*



eine Wechselwirkung mit den Ereignissen ein: Weil Kohl als unbedingt zuverlässig galt, konnte manche hohe politische Hürde genommen werden, und weil solche Erfolge zu verzeichnen waren, traten die ungünstigen Medienurteile zurück, die ihn vor 1989/90 begleitet hatten.

Ganz anders lagen die Dinge bei Adenauer: Ihm gelang es nicht, lagerübergreifend als „Kanzler der Einheit“ zu gelten. Die Schritte zur Zusammenführung der Westzonen und zum Gewinn einer (Teil-)Souveränität der Bundesrepublik, die er vollzog, wurden, da sie sich allesamt mit einer weiteren Verfestigung der Teilung Deutschlands verbanden, keineswegs als nationale Einigungspolitik verstanden. Adenauers Konzept, die deutsche Einheit nur in Verbindung mit dem für ganz Deutschland garantierten westlichen Gesellschaftsmodell zu wollen, überzeugte die breite Öffentlichkeit nicht, weil die bestehenden Machtverhältnisse es illusorisch erscheinen ließen. Kontemporär, so ließe sich in vergleichender Perspektive sagen, trat Adenauer in dieser Frage also ähnlich in den Hintergrund wie Bismarck. Während letzterer jedoch noch zu Lebzeiten die Würdigung seiner Politik erlebte, fuhr die Ernte von Adenauers Beharrlichkeit erst viele Jahre nach seinem Tod dessen ‚politischer Enkel‘ Kohl ein. Dass Kohl verwirklichte, was Adenauer als politisches Ziel vorgegeben hatte, ist in der bundesdeutschen Öffentlichkeit der Gegenwart allerdings kaum je ein Thema. Bis heute sind nur wenige Medienvertreter auf die Idee gekommen, in Adenauer einen „Kanzler der Einheit“ zu sehen.

Am Ende dieser Skizze soll eine Beobachtung stehen, die gewiss nicht für sich beanspruchen kann, den Rang einer weiteren These zu besitzen. Kritische Leser werden vielleicht eher von einer Schlusspointe sprechen. Trotzdem sollte die zu beschreibende Analogie nicht vorschnell ins Reich des Anekdotischen verbannt werden. Zu den spektakulärsten Medienereignissen im Kontext der Wiedervereinigung gehörte die fehlerhafte Erklärung, mit der Günter Schabowski am 9. November 1989 der Presse kundtat, alle Grenzen, auch die Berliner Mauer, seien ab sofort für ausreisewillige Bürger seines Staates passierbar.<sup>75</sup> Schon

75| *Im Detail werden die Vorgänge, die zu der Verlautbarung Schabowskis führten, dargestellt von Cordt Schnibben: Über den historischen Irrtum, der den Deutschen die Einheit bescherte, in: Rudolf Augstein (Hg.): Ein deutsches Jahrzehnt. Reportagen 1985–1995. Hamburg 1995, S. 181–190. Grundsätzlich auch Rainer Rother: Jahrestag – Fernsehtag. Der 9.11.89 im TV, ein Jahr danach, in: Bohn/Hickethier/Müller (Hg.): Mauer-Show, S. 157–173, hier S. 157.*

wenige Stunden später verkündeten westliche Medien den Fall der Berliner Mauer.<sup>76</sup> Noch am selben Abend wurde die Mauer tatsächlich gestürmt. Einmal in der (Medien-)Welt, konnte Schabowskis Erklärung nicht mehr korrigiert oder zurückgenommen werden; sie entfaltete eine eigene Dynamik, schuf sich gleichsam ihre Wirklichkeit.

Im Vorfeld des deutsch-französischen Krieges trug Bismarcks falsche Wiedergabe der Ereignisse in Bad Ems dazu bei, den Konflikt mit Frankreich weiter anzuzünden. Auch wenn es sich bei Bismarck um eine beabsichtigte, bei Schabowski, nach allem, was wir wissen, um eine unbeabsichtigte Fehlleistung handelte: Beide wirkten in einer dramatisch zugespitzten Situation als Katalysatoren. Auch in der Geschichte der Publizistik stößt man, wie in der Geschichte allgemein, immer wieder auf Irrtümer und Zufälle, die dazu beitragen, große Veränderungen auszulösen. Die Einigung von 1870/71 und die Wiedervereinigung von 1989/1990 dürfen natürlich in keiner Weise kausal hierauf zurückgeführt werden, aber beide Prozesse profitierten davon, dass medial transportierte Fehler manchmal mehr bewirken können als die Wahrheit.

76 | Zur Berichterstattung über den Mauerfall siehe am Beispiel des Fernsehens Rüdiger Steinmetz: 9. November 1989, in: *Deutsches Rundfunkarchiv (Hg.): In geteilter Sicht. Fernsehgeschichte als Zeitgeschichte – Zeitgeschichte als Fernsehgeschichte. Dokumentation eines Symposiums. Potsdam 2004, S. 67–79.*